



Erich Bolinius
24.10.19

Emder-Grünen: „Klimanotstand ausrufen – jetzt!“ – FDP-Fraktion sagt NEIN

Stadtentwicklungsausschusssitzung am 24. Oktober 2019 – Stellungnahme der FDP-Fraktion von Erich Bolinius (Fraktionsvorsitzender)

Die FDP-Fraktion hat sich unter anderem auf einer Fraktionssitzung am 17.6.19 eingehend mit dieser Thematik beschäftigt und einen eigenen Antrag formuliert.

Der Emdener Rat hat sich in den letzten Jahren unzählige Male mit dem Klimaschutz befasst. So wurde im Rat am 9.7.2015 (Vorlage 16/1756) der Masterplan 100 % Klimaschutz beschlossen. Am 7.12.2017 (Vorlage 17/0517) wurde beschlossen, das Masterplan-Konzept als Leitlinie für das klimaschutzbezogene Handeln aufzunehmen; 40 Maßnahmen sollen bis zum Jahr 2020 durchgeführt werden. Erst am 11.6.2019 (Vorlage 17/1125) haben wir uns auf Erstellung von Klimaschutzmaßnahmen im Rat geeinigt.

Fazit: Von einem Klimanotstand kann nach Ansicht der FDP-Fraktion in Emden keine Rede sein. Das Wort Notstand schürt nach Ansicht der FDP-Fraktion nur Ängste und ist deshalb in diesem Fall nicht angebracht.

Die Grünen sprechen von einem **Notstand**. Zu klären ist meines Erachtens zunächst, was ein Notstand ist.

Also, Notstand ist der Zustand gegenwärtiger Gefahr für rechtlich geschützte Interessen, dessen Abwendung nur auf Kosten fremder Interessen möglich ist. „Notstand“ ist in Deutschland gemäß § 34 StGB ein Rechtfertigungsgrund. Notstand ist eine Störung des staatlichen Lebens wie z.B. Krieg, Aufruhr, Hungersnot, die mit den in der Verfassung

vorgesehenen normalen Mitteln nicht behoben werden kann. Zu unterscheiden sind die militärische Bedrohung von außen, die Ausnahmelage im Innern und die Funktionsstörung von Verfassungsorganen.

Die FDP-Fraktion hat sich, wie gesagt, in mehreren Sitzungen intensiv mit dem Thema Klimanotstand befasst. Die FDP-Fraktion spricht sich klar für wirksame und effiziente Klimaschutzmaßnahmen in Emden aus. Gleichzeitig aber überwiegen aus unserer Sicht nach wie vor die Argumente, die gegen das Ausrufen des Klimanotstandes sprechen. Niemand bei einem normalen Verstand kann heute noch den menschengemachten Klimawandel leugnen. Der Klimaschutz ist ohne Zweifel eines der drängendsten Probleme unserer Zeit. Auch wir in Emden sind aufgerufen, noch bessere und innovativere Lösungen zu finden. Als FDP-Ratsfraktion sind wir uns dieser Verantwortung für einen wirksamen Klimaschutz gemeinsam mit der Stadtspitze ohne Wenn und Aber bewusst. Der Begriff Klimanotstand täuscht allerdings eine einfache Antwort vor, die den vielfältigen Wechselwirkungen, Sorgen und Anforderungen eines Gemeinwesens nicht gerecht wird.

Klimaschutz ist wichtig, um die Lebenschancen zukünftiger Generationen zu sichern. Die FDP – von der Bundesebene bis zum Ortsverein - bekennt sich ausdrücklich zu den Zielen des Pariser Abkommens, die Erderwärmung auf maximal 2, besser auf 1,5 Grad Celsius, zu begrenzen. Die Ausrufung eines Klimanotstandes bringt uns aber nicht weiter. Wir werden alleine das Klima nicht retten.

Es ist richtig, dass alle Handlungen Emdens auf ihre Auswirkungen auf das Klima geprüft werden, deshalb haben wir einen Ratsantrag am 18.6.19, also vor dem Antrag der Grünen, gestellt, in allen Beschlussvorlagen neben den Zusätzen „Finanzielle Auswirkungen“ und „Auswirkungen auf den Demografieprozess“ den Zusatz „Auswirkungen auf das Klima“ hinzuzufügen. Ziel ist es, bei allen Beschlüssen/Maßnahmen die Auswirkung auf das Klima so gering wie möglich zu halten oder Maßnahmen mit besserer Klimafreundlichkeit zu fördern. Leider steht unser Antrag erst am kommenden Montag am 28.10.19 auf der TO des Finanzausschusses.

Aus den genannten Gründen wird die FDP-Fraktion den Antrag der Grünen: „Klimanotstand ausrufen – jetzt!“ ablehnen und dem abweichenden Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen.

Der Antrag der Grünen wurde nach intensiver Diskussion, keine andere Fraktion war für den Antrag, in die Fraktionen überwiesen. Die Grünen sollen eine andere Bezeichnung für Klimanotstand finden. Damit war Andree Göring von den Grünen einverstanden. Im Dezember soll der Antrag erneut behandelt werden, falls die Grünen ihn wieder einbringen.

Mit hartelk Gröten